

Protokoll

Gremium	Gemeindeversammlung
Nr./Jahr	02/2021
Datum	Montag, 07. Dezember 2021
Zeit	19:30 Uhr – 21:05 Uhr
Ort	Aula Oberstufenschule Untere Au
Autor	Oliver Jaggi, Gemeindeschreiber
Vorsitz	Andrea Erni Hänni, Gemeindepräsidentin
Stimmberechtigte	83 Stimmberechtigte oder 1.69% von insgesamt 4'900 Stimmberechtigten
Gemeinderat	Urs Ackermann, Roland Jegerlehner, Patrick Schneider, Daniela Sigrist, Daniel Wagner
Entschuldigt	Herbert Geiser, Stefan Bürki
Abteilungsleitende	Markus Gempeler, Martin Koch, Oliver Jaggi
Stimmzähler/in	Christian Baumann, Edisona Kryezi
Medien	Janine Zürcher (Thuner Tagblatt), Beat Straubhaar (Dorfbote)
Hauswarte / Tontechnik	Marco Herzig, Alain Sacco
Gäste	Ruth Leuenberger, ein junger Herr

Traktanden

- 8 Finanzplan 2021-2024: Kenntnisnahme
- 9 Budget 2022: Genehmigung
- 10 Aarestrasse – Ersatz Wasserleitung: Genehmigung Verpflichtungskredit CHF 646'200
- 11 Informationen
 - Umsetzung Verkehrsrichtplan – Einführung Tempo 30-Zonen, Signalisation und Markierung Parkplätze
 - Ortsplanungsrevision
 - Gesamtentwicklung Bahnhof / ZPP Nr. 7 Bir Underfüerig / Areal Rigips
 - Schulraumplanung
- 12 Verschiedenes
 - Wortbegehren
 - Danksagungen
 - Feier der Jungbürger/innen

Gemeindepräsidentin Andrea Erni Hänni begrüsst die Anwesenden zur Versammlung. Für diese Gemeindeversammlung liegt ein Schutzkonzept gemäss Covid-19-Verordnung vor. Die Teilnehmenden werden gebeten, die physische Distanz von 1.5m wenn immer möglich einzuhalten, vor allem auch nach der Versammlung. Es gilt die Maskentrag- und Registrierungspflicht. Es stehen kostenlos Schutzmasken zur Verfügung. Personen, die an der Gemeindeversammlung sprechen, dürfen für die Dauer ihres Vortrages die Maske runternehmen.

Die Registrierung erfolgt mittels auszufüllendem Registraturzettel auf jedem Sitzplatz. Die Teilnehmenden werden gebeten, den Registraturzettel vollständig auszufüllen. Der Registraturzettel ist beim Verlassen des Versammlungslokals in die dafür vorgesehene Urne einzuwerfen. Die Verwaltung stellt ein sicheres Aufbewahren der Registraturzettel für eine Dauer von 14 Tagen sicher, danach werden die Zettel vernichtet.

Die Versammlungsleiterin macht aktiv auf die Trackingmassnahmen aufmerksam. Sollte sich im Nachgang zur Versammlung herausstellen, dass eine mit Covid-19 angesteckte Person an der Versammlung teilgenommen hat, wird diese gebeten, umgehend die Gemeindeverwaltung zu informieren, damit das Kantonsarztamt über allfällige Massnahmen entscheiden kann.

Für die Beachtung und Einhaltung des Schutzkonzepts und der allgemeinen Verhaltens- und Hygieneregeln des Bundes wird gedankt.

Die Versammlungsleiterin fragt, ob das Stimmrecht einer anwesenden Person bestritten wird, oder ob jemand da ist, der kein Stimmrecht hat. Dies ist nicht der Fall bzw. diese Personen sitzen am separaten Gäste-Tisch.

Die heutige Versammlung wurde vorschriftsgemäss im Amtsanzeiger vom 4. November 2021 publiziert. Die Botschaft wurde in alle Haushalte verteilt. Die Unterlagen konnten bei der Gemeindeverwaltung bezogen oder teilweise unter www.heimberg.ch heruntergeladen werden.

Das Protokoll der letzten Gemeindeversammlung vom 21. Juni 2021 wurde vorschriftsgemäss aufgelegt. Gegen das Protokoll ist während der Auflage keine Einsprache eingegangen. Der Gemeinderat hat am 23. August 2021 das Protokoll genehmigt (Art. 20 Wahl- und Abstimmungsreglement).

Die Stimmzähler/in Christian Baumann und Edisona Kryezi werden gewählt. Mit der Zeitmessung wird Gemeinderat Patrick Schneider beauftragt.

Die Botschaft und die Folien-Präsentation sind integrierender Bestandteil des Protokolls.

Die Reihenfolge der Traktanden wird nicht bestritten.

Finanzplan 2021-2026: Kenntnisnahme

8.201 Finanz-/Investitionsplanung

Ausgangslage

Daniela Sigrist, Finanzvorsteherin, erläutert den aktuellen Finanzplan. Der Finanzplan ist ein flexibles Planungs- und Führungsinstrument des Gemeinderates. Dieser ist gesetzlich verpflichtet, einen Finanzplan zu erstellen. Er gibt einen Überblick über die mutmassliche Entwicklung der Gemeindefinanzen während den nächsten vier bis acht Jahren. Er gibt Auskunft über geplante Investitionen, deren Tragbarkeit, die Folgekosten und die Finanzierung der Investitionen. Der Finanzplan basiert stark auf Annahmen und Prognosen, die nicht unbedingt so eintreffen müssen und ist daher ein Planungsmittel mit entsprechender Ungenauigkeit und Unverbindlichkeit. Der Finanzplan ist keine Kreditfreigabe. Jede einzelne Investition muss beschlossen werden durch das zuständige Organ.

Der Gemeinderat hat folgende Vorgaben gemacht: Die im Finanzplan vorgesehenen Investitionen werden priorisiert nach:

A = dringend und wichtig

B = wichtig

C = Entwicklung

Die Abteilungen wurden aufgefordert, sich bei ihren Eingaben nach Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, nach Notwendigkeit und Dringlichkeit, und nach deren Wesentlichkeit zu richten. Zudem wurden sie aufgerufen, bei ihren Eingaben die Erhaltung des Finanzhaushaltgleichgewichts im Fokus zu behalten

Die Ergebnisse im Finanzplan basieren für die gesamte Planungsphase auf einer Steueranlage von 1.6 Einheiten der einfachen Steuer für die natürlichen und juristischen Personen sowie auf einer Liegenschaftssteuer von 1.2 Promille der amtlichen Werte.

Der Finanzplan 2021 – 2026 sieht insgesamt Investitionen in der Höhe von 30.19 Mio. Franken vor. Davon sind 16.91 Mio. Franken aus Steuern finanziert.

Der Gemeinderat hat die Situation analysiert. Wenn alle Investitionen gemäss Investitionsprogramm ausgeführt werden und alle Annahmen der Erfolgsrechnung eintreffen, werden die flüssigen Mittel bereits im Jahr 2022 nicht mehr ausreichen, um alle Ausgaben finanzieren zu können. Das Fremdkapital dürfte daher in der Planungsphase bis ins Jahr 2026 um ca. 11.88 Mio. Franken ansteigen. Ein Finanzplan einer Gemeinde ist tragbar solange er bis zum Ende der Planungsphase über Eigenkapital verfügt. Dies ist in Heimberg der Fall. Der Bilanzüberschuss dürfte aber bis zum Ende der Planungsphase im Jahr 2026 von 8.2 Mio. Franken auf 7.344 Mio. Franken absinken.

Dem Gemeinderat stehen verschiedene Möglichkeiten zur Finanzierung von Investitionen zur Verfügung: Die Selbstfinanzierung, die Fremdfinanzierung oder die Desinvestition. Der Gemeinderat wird alle drei Hilfsmittel je nach Bedarf prüfen und entsprechend nutzen. Ebenfalls werden sämtliche Erträge und Kostenverrechnungen nach innen und aussen laufend überprüft und wo nötig angepasst werden müssen.

Beratung

Ruedi Remund, Grüne, hält fest, dass er die Unterlagen gut angeschaut hat. Er vermisst darin Wörter wie z. B. Klimaveränderung, Pariser Abkommen oder Klimakonferenz in Glasgow bzw. Investitionen der Gemeinde, welche in diese Richtung gehen würden. Er hat in den Unterlagen nirgends eine Investition gefunden, die zur Klimaverbesserung beitragen wird. Gemäss CS-Umfrage stellt das Klima die grösste Gefahr dar und die Gemeinde macht nichts. Das Energieleitbild der Gemeinde stammt aus dem Jahr 2011. Darin sind verschiedene Zielsetzungen ent-

halten, wie z. B. dass für 2015 die Strassenbeleuchtung zu 100% mit energieeffizienten Leuchten betrieben wird oder der Wärmebedarf um 20% gesenkt wird gegenüber dem Jahr 2005. Die darin enthaltenen Zielsetzungen für 2025 wären noch stärker. Er fragt, ob dem Gemeinderat diese Verpflichtungen bekannt sind?

Im Voraus zur Versammlung wurden der Gemeindepräsidentin schriftlich Fragen gestellt. Gestern erhielt er per Mail Antwort, dass die Beantwortung noch nicht möglich ist, weil der Bauverwalter noch bis Ende Jahr krankgeschrieben ist. Er will nicht eine Antwort des Bauverwalters, sondern vom Gemeinderat. Ist das Energieleitbild überhaupt noch gültig?

Andrea Erni Hänni, Gemeindepräsidentin, bestätigt, dass die Grünen und die GLP Heimberg tatsächlich zahlreiche Fragen betr. Energie, E-Mobilität und Photovoltaik eingereicht haben. Es ist nunmal so, dass der Bauverwalter als Energiebeauftragter amtiert und sich um eine gründliche Beantwortung der Fragen kümmert. Deshalb gilt das Angebot, die Antworten in einem Gespräch mit den Grünen und der GLP zu diskutieren. Sie bittet noch um etwas Geduld. Sollten sich dann Informationen von allgemeiner Wichtigkeit herauskristallisieren, würde an der nächsten Gemeindeversammlung darüber orientiert werden. Und selbstverständlich kennt der Gemeinderat das Energieleitbild.

Urs Ackermann, Planungsvorsteher, ergänzt, dass momentan der Regionale Energierichtplan mit den Nachbargemeinden überarbeitet und aktualisiert wird. Sobald darüber mehr Kenntnisse vorhanden sind, wird orientiert werden.

Finanzvorsteherin *Daniela Sigrist* zeigt anhand von einigen Beispielen auf, wie die Gemeinde Investitionen nachhaltig finanziert. Das Thema ist allen wichtig, nicht nur den Grünen und der GLP. Selbstverständlich investiert der Gemeinderat in die Nachhaltigkeit. Die Gemeinde entwickelt sich. Es stehen grosse Investitionen bevor. Heimberg bezieht Ökostrom, hat mehrere Liegenschaften ans Fernwärmenetz angeschlossen, ersetzt Strassenlampen mit LED. Dies wird jedoch nicht auf Vorrat gemacht, sondern erst dann, wenn sie kaputt sind. Es wurden energietechnische Sanierungen von Fassaden vollzogen, Fensterfronten ersetzt, wassersparende Duschbrausen installiert (auch im Hallenbad). Es gibt eine Photovoltaikanlage auf dem Schulhaus Erweiterung Ost, die Vorinstallationen für eine solche Anlage auf dem Aula-Dach sind vorhanden. Dies zeigt, dass doch Einiges getan wurde und wird. Vielleicht dient das etwas zur Beruhigung.

Abschliessend hält *Ruedi Remund* fest, dass das Energieleitbild seinerzeit vom Gemeinderat erstellt wurde, und nicht von den Grünen oder von der GLP.

Antrag

Die Gemeindeversammlung nimmt den Finanzplan 2021-2026 zur Kenntnis.

Abstimmung

Kenntnis genommen.

Beschluss

Die Gemeindeversammlung nimmt den Finanzplan 2021-2026 zur Kenntnis.

Verteiler
Alle AL

Budget 2022: Genehmigung

8.211 Voranschläge

Ausgangslage

Daniela Sigrist, Finanzvorsteherin, erläutert das Budget 2022. Der Gemeinderat machte auch für das Budget Vorgaben, um das Finanzhaushaltsgleichgewicht zu erhalten. Die Abteilungen wurden aufgefordert, die effektiv zu erwartenden Aufwendungen und Erträge zu budgetieren und keine automatischen Reserven einzubauen, sondern allenfalls Nachkredite zu beantragen.

Mit dem Budget erhält der Gemeinderat die Ermächtigung, Ausgaben zu tätigen. Das Budget ist also die Rechtsgrundlage für die Führung und den Betrieb der Gemeinde. Es wurde mit der an der Gemeindeversammlung vom letzten Dezember beschlossenen neuen Steueranlage von 1.6 Einheiten der einfachen Staatssteuer berechnet für natürliche und juristische Personen, also für Privatpersonen und Unternehmen. Zudem wurde mit einer unveränderten Liegenschaftssteueranlage von 1.2 Promille der amtlichen Werte gerechnet.

Mit einbezogen wurden die Finanzplanungshilfen und Prognose-Annahmen des Kantons in Bezug auf die Steuereinnahmen, auf den Finanzausgleich, auf die Corona-Situation sowie auf den zu erwartenden Bevölkerungszuwachs aufgrund der erwarteten Fertigstellung der ersten Etappe der Migros-Überbauung.

Der Steuerhaushalt schliesst mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 773'794.00 ab, so dass im Gesamthaushalt ein Minus von Fr. 693'434.00 zu erwarten ist.

Gegenüber dem Vorjahresbudget nimmt der Personalaufwand insgesamt um 172'300 Franken zu. Die Gründe liegen unter anderem in höherem Bedarf an Betriebspersonal sowie bei der geplanten Erhöhung der Pikettentschädigungen. Aufgrund von anstehenden Pensionierungen sind aber auch höhere Kosten für Stellenausschreibungen zu erwarten. Es resultiert beim Personalaufwand ein Total von 5.24 Mio. Franken.

Beim Sach- und übrigen Aufwand muss gegenüber dem Vorjahresbudget mit einer Zunahme von 258'554.00 Franken gerechnet werden. Dies weil alte Geräte, wie zum Beispiel ein Schneepflug und ein Gabelstapler im Werkhof, ersetzt werden müssen und weil der Bedarf an baulichem Unterhalt zunimmt. Total sind es 5.275 Mio. Franken.

Der Abschreibungsaufwand wird gegenüber dem Vorjahresbudget um 98'740 Franken zunehmen. Abschreibungen werden mit HRM 2 aufgrund der Nutzungsdauer berechnet. Sie steigen mit zunehmenden Investitionen pro Jahr an. Der Abschreibungsbedarf unserer Gemeinde liegt inzwischen bei total 1.48 Mio. Franken pro Jahr.

Der Transferaufwand, der vor allem die Aufwendungen für die verschiedenen Lastenverteiler und die Sozialhilfe an sich beinhaltet, nimmt gegenüber dem Vorjahr um 334'950 Franken zu. Auf diese Position wird später noch detailliert eingegangen.

Der Steuerertrag nimmt gegenüber dem Vorjahresbudget gemäss unseren Berechnungen um 1.57 Mio. Franken zu. Total rechnen wir mit Steuereinnahmen von 17.646 Mio. Franken. Diese Zahl entsteht selbstverständlich nicht nur aus der Erhöhung der Steuern um einen Zehntel. Sie beinhaltet die direkten Steuern, die Vermögenssteuern, die Quellensteuer, die Einkommenssteuern, die Liegenschaftssteuern, und die Grundstücksgewinnsteuern sowie die Mehrwertabschöpfung.

In der Überbauung Südmatte der Migros werden im Budgetjahr Wohnungen bezugsbereit sein. Es ist darum davon auszugehen, dass die zu erwartenden Steuerausfälle aufgrund der Corona-Pandemie durch die Entwicklung der Einwohnerzahlen aufgefangen werden können.

Zum Transferaufwand: Alle Details dazu sind auf den Seiten 9 und 49 des Budgets 2022 ersichtlich. Irrtümlich wird häufig angenommen, dass es sich bei den Zahlen im Finanz- und Lastenausgleich einzig um die Zahlungen für die Sozialhilfe handelt. Das stimmt so nicht. Das ganze Konstrukt ist komplex. Über die Position Transferaufwand und -ertrag werden bei den Ausgaben, nebst den Sozialkosten auch die Löhne der Lehrpersonen, die Ergänzungsleistungen, der Anteil Familienausgleichskasse und der öffentliche Verkehr abgerechnet. Es ist darum wahrscheinlich, dass alle in diesem Saal nicht nur Zahlende sind, sondern in irgendeiner Art auch Empfangende (z. B. wegen schulpflichtigen Kindern/Grosskindern, öV-Benutzende, EL-Bezug oder Sozialhilfebezug). Zu eben dieser Sozialhilfe kann gesagt werden, dass die Tendenz bei den Kosten im Kanton steigend ist, Die Heimberger Sozialkosten sind seit 2018 rückläufig.

Zum Posten neue Aufgabenteilung: Als Bezug zur Frage an der letzten Gemeindeversammlung, wie viele UMA's (unbegleitete, minderjährige Asylsuchende) in Heimberg ansässig seien und was uns diese kosten, kann festgehalten werden: Heimberg bezahlt über den Finanz- und Lastenausgleich, genauer eben über die Position neue Aufgaben den Betrag von 27'000 Franken. Dieser Betrag muss bezahlt werden, egal ob 0, 20, 50 oder mehr UMA's in Heimberg leben. Der Anteil wird jeder Gemeinde aufgrund der Einwohnerzahl vom Kanton in Rechnung gestellt. UMA's werden in der Einwohnerkontrolle nicht separat geführt. Es kann also keine Auskunft darüber erteilt werden, wie viele UMA's aktuell in Heimberg leben. Oftmals sind es Wochenaufenthalter/innen.

Total beträgt die Nettolast unserer Gemeinde für den Transferaufwand 7.282 Mio. Franken und verschlingt 41.27 % der Steuereinnahmen.

Im Budgetjahr sind Investitionen von insgesamt 6.194 Mio. Franken geplant.

Die Gemeinde Heimberg hat aufgrund der in den letzten Jahren gestiegenen Investitionen ihre frei verfügbaren flüssigen Mittel aufgebraucht und musste seit 2016 das zinspflichtige Fremdkapital auf inzwischen 15.5 Mio. Franken aufstocken. Im Budgetjahr wird erwartet, dass eine weitere Aufstockung um ca. 2.0 – 2.5 Mio. Franken nötig werden könnte. Eine Aufstockung wird nie auf Vorrat gemacht. Die Gelder werden erst aufgenommen, wenn es unumgänglich ist.

Im Budgetjahr dürfte das Eigenkapital aufgrund des budgetierten Minus von 693'434 Franken auf 7.457 Mio. Franken absinken.

Da der Gemeinderat rechtzeitig geeignete, strategische Massnahmen betreffend Budgetierung und Finanzplanung ergriffen hat und sowohl der Finanzausschuss wie der Gemeinderat rigoros Kürzungen vorgenommen haben - wo es noch möglich war - werden kaum weitere Korrekturen im Budget möglich sein, ohne die Betriebsabläufe in der Gemeinde zu beeinträchtigen. Die grossen Beträge im Budget, wie z.B. die Zahlungen an den Finanz- und Lastenausgleich oder die Abschreibungen, können kaum beeinflusst werden.

Der Gemeinderat ist sich der herausfordernden finanziellen Situation bewusst. Er wird allfällige Nachkredite genau prüfen, Ausgaben priorisieren und damit dafür sorgen, dass der Finanzhaushalt im Gleichgewicht und die Eigenkapitalsituation solid bleibt.

Ausgeglichen wäre das aktuelle Heimberger Budget mit einem Steuersatz von 1.68 Einheiten. Aktuell ist trotz des budgetierten Minus keine Steuererhöhung geplant, weil sich die Situation gemäss den Planwerken ab dem Jahr 2024 wieder etwas entspannt. Sollte die Entwicklung bei den Fiskalerträgen (auch je nach Corona-Pandemie) nicht wie geplant eintreffen, müsste die Situation neu beurteilt werden.

Sinken nun die Gebühren, weil drei von vier Spezialfinanzierungen positiv abgeschlossen haben? Gebührensenkungen sind im Moment kein Thema, da der Kostendeckungsgrad noch zu tief ist. Anzustreben ist ein Wert von 110 %.

Ebenfalls müssen weiterhin Einlagen in die Werterhaltung gemacht werden.

Beratung

Kurt Zoss ärgert sich darüber, dass die Kosten im Lastenausgleich Soziales einfach hingenommen werden müssen. Im Jahr 2017 betrug dieser noch 13.7 Mio. Franken, jetzt sind es bereits 16 Mio. Franken. Er ist sich bewusst, dass es Menschen gibt, die EL oder Fürsorge benötigen. Aber auch dazu gibt es ein Regulatorium. Wer überprüft eigentlich die Sozialkommission mit ihren Fällen?

Gemäss *Andrea Erni Hänni*, Gemeindepräsidentin (und früher langjährige Sozialvorsteherin), ist die Sozialkommission - bzw. der Geschäftsprüfungsausschuss - vom Gemeinderat beauftragt, Dossiers zu prüfen. Sie schaut mit regelmässigen Dossierkontrollen, ob die Sozialdienste korrekt arbeiten. Die Zahlen im Transferaufwand beinhalten ja nicht nur die Sozialhilfekosten, es sind kantonale Zahlen. Sie weiss nicht, wie viele Personen insgesamt im Kanton Bern EL oder Sozialhilfe beziehen. Auch die Kosten für den Heimberger Busbetrieb sind z. B. im Lastenverteiler enthalten; ebenso die Posten, welche die Finanzvorsteherin vorhin alle aufgezählt hat.

Kurt Zoss stösst sich zudem daran, dass es Leute gibt, die mit der Sozialhilfe mehr verdienen als solche, die voll arbeiten. Das vermag man langsam aber sicher nicht mehr. Es gibt Sozialdienste, die die SKOS-Richtlinien nicht mehr anwenden. Er glaubt, dass man da mehr hinschauen sollte. Er findet dieses System krank.

Andrea Erni Hänni hält fest, dass sich auch die Gemeinde Heimberg an die Gesetzgebung, sprich Sozialhilfegesetz und -verordnung des Kantons Bern, halten muss. Die Anwendung der sogenannten SKOS-Richtlinien ist darin verbindlich festgelegt. Es wird in Heimberg gut geschaut und die Dossiers werden geprüft. Es kann Einzelfälle geben, die mit der Sozialhilfe mehr verdienen als jemand, der 100% arbeitet. Letztere hätten allenfalls Anspruch auf Unterstützung.

Antrag

Die Gemeindeversammlung beschliesst:

1. Die Steueranlage für die Gemeindesteuern der natürlichen Personen von 1.60 Einheiten der einfachen Staatssteuer wird genehmigt.
2. Die Steueranlage für die Gemeindesteuern der juristischen Personen von 1.60 Einheiten der einfachen Staatssteuer wird genehmigt.
3. Die Steueranlage für die Liegenschaftssteuern von 1.20 Promille der amtlichen Werte wird genehmigt.
4. Das nachstehend aufgeführte Budget 2022 wird genehmigt:

		Aufwand	Ertrag
Gesamthaushalt	CHF	29'994'824	29'301'390
Aufwandüberschuss	CHF		693'434
bestehend aus:			
Steuerhaushalt	CHF	26'303'674	25'529'880
Aufwandüberschuss	CHF		773'794
SF Feuerwehr (zweiseitig)	CHF	448'300	465'550
Ertragsüberschuss	CHF	17'250	
SF Wasserversorgung	CHF	1'155'680	1'203'900
Ertragsüberschuss	CHF	48'220	
SF Abwasserentsorgung	CHF	1'327'170	1'326'080
Aufwandüberschuss	CHF		1'090

SF Abfall	CHF	760'000	775'980
Ertragsüberschuss	CHF	15'980	

Abstimmung

Mit 81 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Beschluss

Die Gemeindeversammlung beschliesst:

1. Die Steueranlage für die Gemeindesteuern der natürlichen Personen von 1.60 Einheiten der einfachen Staatssteuer wird genehmigt.
2. Die Steueranlage für die Gemeindesteuern der juristischen Personen von 1.60 Einheiten der einfachen Staatssteuer wird genehmigt.
3. Die Steueranlage für die Liegenschaftssteuern von 1.20 Promille der amtlichen Werte wird genehmigt.
4. Das nachstehend aufgeführte Budget 2022 wird genehmigt:

		Aufwand	Ertrag
Gesamthaushalt	CHF	29'994'824	29'301'390
Aufwandüberschuss	CHF		693'434
bestehend aus:			
Steuerhaushalt	CHF	26'303'674	25'529'880
Aufwandüberschuss	CHF		773'794
SF Feuerwehr (zweiseitig)	CHF	448'300	465'550
Ertragsüberschuss	CHF	17'250	
SF Wasserversorgung	CHF	1'155'680	1'203'900
Ertragsüberschuss	CHF	48'220	
SF Abwasserentsorgung	CHF	1'327'170	1'326'080
Aufwandüberschuss	CHF		1'090
SF Abfall	CHF	760'000	775'980
Ertragsüberschuss	CHF	15'980	

Verteiler:
Akten FV
Alle AL

Aarestrasse - Ersatz Wasserleitung: Verpflichtungskredit 646'200 Franken

4.511.2 Aarestrasse 3627
12.412 Leitungsnetz, - öffentliche Leitungen, - Hausanschlüsse

Ausgangslage

Daniel Wagner, Ressortvorsteher Bau, erläutert das Projekt. Im Gebiet Aarestrasse/Bernstrasse wurden in der Vergangenheit schon einige Wasserleitungen ersetzt, nun fehlt noch das letzte Teilstück, in welchem noch Wasserleitungen aus dem Jahr 1925 eingebaut sind und damit ihre technische Lebensdauer von 80 Jahren bereits weit überschritten haben. Je älter die Leitungen werden, desto anfälliger sind sie für Leitungsbrüche. Mit dem Ersatz wird gleichzeitig eine Querschnittserweiterung erfolgen. Dies hat einerseits mit der Bautätigkeit in Heimberg zu tun, andererseits auch mit der Sicherstellung der Redundanz Reservoir Sunneschyn. Im Endausbau soll die Wasserversorgung Heimberg so abgesichert sein, dass in jedem Fall von einem zweiten Standort aus Wasser bezogen werden kann. Das Quartier wurde stark mit Bauarbeiten strapaziert. Auf dem Teilgebiet Aarestrasse ist zudem der der Strassenbelag in einem schlechten Zustand. Der Gemeinderat entschloss sich alle Bauvorhaben zu koordinieren um Kosten zu sparen. Der Deckbelag kann jeweils nach 1-2 Jahren nach dem Leitungsbau eingebaut werden.

Beratung

Keine Wortmeldung.

Antrag

De Gemeindeversammlung genehmigt für den Ersatz der Wasserleitung Aarestrasse einen Verpflichtungskredit von 646'200 Franken (inkl. MwSt.) zu Lasten der Investitionsrechnung Spezialfinanzierung Wasser, Konto 7101.5031.13.

Abstimmung

Einstimmig.

Beschluss

De Gemeindeversammlung genehmigt für den Ersatz der Wasserleitung Aarestrasse einen Verpflichtungskredit von 646'200 Franken (inkl. MwSt.) zu Lasten der Investitionsrechnung Spezialfinanzierung Wasser, Konto 7101.5031.13.

Verteiler:
Alle AL
BL Tiefbau

Informationen

1.300 Gemeindeversammlung
1.461 Informationen

1. Umsetzung Verkehrsrichtplan – Einführung Tempo 30-Zonen, Signalisation und Markierung Parkplätze, Verpflichtungskredit CHF 475'000

Urs Ackermann, Ressortvorsteher Planung, informiert, dass zu einem früheren Zeitpunkt kommuniziert wurde, dass dieses Geschäft dem Volk vorgelegt werden wird. Da die Kosten tiefer als damals angenommen ausfallen, unterliegt das Geschäft zwingend dem fakultativen Referendum. Das Amt für Gemeinden und Raumordnung des Kantons Bern hat uns auf unsere Anfrage mitgeteilt, dass dieser Entscheid nicht nach oben delegiert werden darf.

Die Umsetzung der Massnahmen aus dem Verkehrsrichtplan wurde in enger Zusammenarbeit mit der Planungskommission und dem Gemeinderat intensiv vorberaten. Der nun vorliegende Technische Bericht beschreibt, welche Massnahmen wieso umgesetzt werden sollen und wie teuer diese ungefähr sind.

Die einzelnen Massnahmen bilden keine Einheit der Materie, sie sind voneinander nicht zwingend abhängig. Wichtig zu erwähnen ist, dass es – auch wenn das Geschäft an die Gemeindeversammlung gekommen wäre – nicht um die einzelnen Massnahmen geht, sondern über den benötigten Kredit für die 30-er-Zonen und die Parkplätze. Die Bushaltestellen sind nicht Gegenstand des Kredits, weil diese nicht alle sofort umgesetzt werden müssen, sondern je nach Standort mit anderen Arbeiten, z.B. Belagssanierungen, koordiniert werden.

Der Gemeinderat hat darum den Kredit im Oktober 2021 bewilligt. Das Referendum startet frühestens ab dem 16. Dezember 2021. Dann kann das Referendum im Thuner Amtsanzeiger publiziert werden.

Christian Michel, Vizepräsident der SVP, informiert aus der Mitgliederversammlung. Diese hat den Verkehrsrichtplan intensiv diskutiert. Einige Punkte werden als speziell erachtet. An einer Informationsveranstaltung wurde erklärt, dass das Geschäft vor die Gemeindeversammlung kommen wird. Jetzt ist der Ablauf anders, zwar konform, aber für die SVP trotzdem irreführend. Im Investitionsplan findet man zum Verkehrsrichtplan Kosten von total über 900'000 Franken. Die Massnahmen werden vor allem mit dem Aspekt «Sicherheit» begründet. An vielen Stellen sieht der Verkehrsrichtplan Massnahmen vor, wo keine Gefährdung besteht. Auch die gemachten Geschwindigkeitsmessungen zeigen das. Die Geschwindigkeiten werden in Heimberg nämlich sehr gut eingehalten. Man muss ja nicht gleich den Pizzakurier als Beispiel nehmen... Die Folgen von Verkehrsberuhigungsmassnahmen sind oftmals unnötige Emissionen wie Abgase und Lärm. Massnahmen wie Fahrbahnverengungen, Rechtsvortritte und einspurig befahrbare Busfahrbahnen sind nicht dienlich. Die SVP erachtet 30er-Zonen im ganzen Gemeindegebiet als unnötig. Die Strecken 30 sind auch gut. Der Wegfall der Fussgängerstreifen in den 30er-Zonen führen oft zu Verunsicherungen. Unsicherheit im Strassenverkehr stellt immer ein ungünstiges Vorzeichen dar. Mit der Einführung des Busverkehrs wurden die Rechtsvortritte auf der Alpenstrasse aufgehoben mit der Begründung, der Fahrplan könne sonst nicht gut eingehalten werden. Jetzt will man die Rechtsvortritte wiedereinführen.

Zu den Wildparkierenden: Viele Leute nerven sich ab der Parkplatzsituation in Heimberg. Wenn nun Heimberg ein Parkverbot für alle Autos erlassen will, die nicht auf einem markierten Feld abgestellt sind, führt dies dazu, dass die Leute viel weitergehen müssen als heute. Es würde dann vermehrt beim CIS, Coop oder der Migros parkiert werden. Dagegen müssen sich dann diese Institutionen mit einer Gebührenpflicht fürs Parkieren wehren. Am Schluss ist davon jeder Einzelne betroffen, weil er fürs Parkieren bezahlen muss. Die SVP schätzt die Arbeit des Gemeinderats. Sie ist aber der Ansicht, dass dieses Geld besser in den Schulraum und in andere Projekte investiert werden sollte.

Hindernisfreie Bushaltestellen und Verkehrssicherheitsmassnahmen, die wirklich der Sicherheit dienen, werden begrüsst. Die Mitgliederversammlung hat den Vorstand beauftragt, die Ergrei-

fung des fakultativen Referendums zu prüfen. Dies darum, weil die Gesamtkosten höher sind als 475'000 Franken, die Massnahmen wenig sinnvoll oder gar unnötig sind und weil mit höheren Emissionen zu rechnen ist. Und weil ein generelles Parkverbot ausserhalb von Parkfeldern das Problem nicht löst und das Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht gegeben ist.

Urs Ackermann erinnert nochmals daran, dass die Gemeindeversammlung lediglich über den Kredit abstimmen kann und nicht über die einzelnen Massnahmen.

Andrea Erni Hänni verweist auf den Technischen Bericht, welcher auf der Internetseite der Gemeinde einsehbar ist.

Peter Gutknecht hofft, dass die SVP in ihrem Bestreben, Unterschriften zu sammeln, nicht unterstützt wird. Schon früher, z. B. an der Gemeindeversammlung vom 8.12.2003 waren Verkehrsberuhigungsmassnahmen ein grosses Diskussionsthema. Damals wurden die Verkehrsmassnahmen mit 202 zu 199 zu Gunsten vor allem der Anwohner, Mütter und Väter glücklicherweise gutgeheissen. Der Gemeinderat hat bisher stets bei solchen Fragen Rücksicht auf die Betroffenen genommen. Er dankt allen, die das Referendum der SVP nicht unterschreiben.

Sascha Feller, parteilos, Bürger und Steuerzahler in Heimberg, findet den vorliegenden Verkehrsrichtplan nicht brauchbar. Es ging bis jetzt auch; es gab keine grossen Unfälle, Schüler sind nicht gefährdet, 30er-Zonen gibt es bereits. Was passiert eigentlich mit den heute herumstehenden Autos? Die Gemeinde ist nicht verpflichtet, Ersatz Parkmöglichkeiten zu bieten. Diese Autos bleiben, sie sind nicht einfach plötzlich weg. Emissionen entstehen vor allem beim «stop and go» und nicht, wenn ein Auto rollt und fährt.

Andrea Erni Hänni hält abschliessend fest, dass die verschiedenen Massnahmen sich nicht gegenseitig bedingen und damit die Einheit der Materie nicht gegeben ist. Darum wurde nicht der ganze Betrag «aufgelegt».

2. Ortsplanungsrevision (OPR)

Andrea Erni Hänni, Gemeindepräsidentin, informiert, dass an der Gemeindeversammlung vom 21.06.2021 in Aussicht gestellt wurde, dass die ORP im Herbst öffentlich aufgelegt werden kann. Der Prozess hat sich wegen diversen Abklärungen vor allem im Bereich Hochwasserschutz verzögert. Der Gemeinderat ist bestrebt, das Geschäft zur Auflage und zur Abstimmung zu bringen.

3. Gesamtentwicklung Bahnhof / ZPP Nr. 7 Bir Underfüerig / Areal Rigips

Andrea Erni Hänni, Gemeindepräsidentin, informiert, dass im April 2019 die Rigips AG bekannt gab, dass sie per Ende 2020 ihren Betrieb auf dem zur gemeindeeigenen Baulandreserve ‚Bir Underfüerig‘ angrenzenden Industrieareal im Zentrum von Heimberg einstellt. In der Folge hat die Rigips AG das Betriebsareal westlich der Bahnlinie an die Investorengemeinschaft Bernische Pensionskasse und Frutiger AG Immobilien verkauft.

Das insgesamt 7 Hektaren grosse Entwicklungsgebiet an zentraler Lage bietet eine einmalige Chance für eine qualitätsvolle, nachhaltige Entwicklung. Als erster Schritt folgte eine Ideenstudie, welche ein Gesamtentwicklungskonzept über alle Teilgebiete für die langfristige, koordiniert etappierte Entwicklung von Nutzung, Bebauung, Grün- und Freiräumen, Erschliessung und Infrastrukturen hervorbringen sollte.

Fünf Teams erarbeiteten ein Konzept für dieses Areal, begleitet durch ein Beurteilungsgremium aus Expertinnen und Experten, Investorenvertreter und Politik, welches die Ideen an zwei Zwischenbesprechungen besprach und Weiterentwicklungen vorschlug und an einer Schlussbeurteilung würdigte. An der Schlussbeurteilung wurde bestimmt, mit welchem Team weitergearbeitet wird. Die Grundeigentümerinnen und –eigentümer, Nachbarn und die breite Bevölkerung werden über die Ergebnisse der Ideenstudie orientiert, sobald das Konzept weiterbearbeitet ist.

4. Schulraumplanung

Andrea Erni Hänni, Gemeindepräsidentin, informiert.

Heimberg wächst, die Schülerinnen- und Schülerzahlen steigen und dem entsprechend ist die Infrastruktur zu prüfen und wo nötig anzupassen. Um den Bedarf an Schulraum und Hallenplätzen zu eruieren, hat der Gemeinderat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche diesen Bedarf unter Berücksichtigung neuer Schulformen aber auch der finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde erarbeitet. In diesem Prozess wurde auch die Bevölkerung eingeladen, am Workshop vom 20. November ihre Ideen einzubringen zur Zukunft der Schule Heimberg. Information zu den Ergebnissen werden folgen.

Verteiler

Alle AL

Verschiedenes

1.300 Gemeindeversammlung
1.461 Informationen

1. Verschiedenes

Keine Wortmeldung.

2. Danksagungen

Gemeindepräsidentin

Daniela Sigrist, Vize-Präsidentin, dankt der Gemeindepräsidentin für ihre grosse Arbeit in diesem ersten Jahr der neuen Legislatur und wünscht ihr alles Gute und viel Erfolg für das nächste Jahr. Es war kein einfacher Einstieg mit der Corona-Pandemie. Sie überreicht zwei Flaschen Wein.

Stimmvolk

Gemeindepräsidentin *Andrea Erni Hänni* dankt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern für das entgegengebrachte Vertrauen.

Gemeinderat

Gemeindepräsidentin *Andrea Erni Hänni* bedankt sich herzlich bei ihren Ratskollegen und ihrer Ratskollegin für die wertschätzende und konstruktive Zusammenarbeit im 2021.

Kommissionen

Gemeindepräsidentin *Andrea Erni Hänni* dankt allen Kommissionsmitgliedern für die geleistete und wertvolle Arbeit in den verschiedenen Fachgebieten im zu Ende gehenden Jahr.

Personal

Gemeindepräsidentin *Andrea Erni Hänni* dankt dem Personal für das Engagement und die wertvollen Dienste im zu Ende gehenden Jahr.

Hauswarte / Technik

Gemeindepräsidentin *Andrea Erni Hänni* dankt den Hauswarten Marco Herzig und Alain Sacco für die geleisteten Einrichtungsarbeiten und die technische Begleitung der Versammlung.

3. Jungbürger/innenfeier

Die Feier findet zum fünften Mal in diesem Rahmen statt. Den 14 anwesenden Jungbürgerinnen und Jungbürgern (von total 54) wird zu ihrer Mündigkeit mit Applaus gratuliert. Sie erhalten den Bürgerbrief mit weiteren Präsenten überreicht.

4. Apéro

Der obligate Apéro fällt leider aufgrund der Coronasituation aus.

Gemeindeversammlung Heimberg



Andrea Erni Hänni
Gemeindepräsidentin



Oliver Jaggi
Gemeindeschreiber

Genehmigung

Das Protokoll der Gemeindeversammlung von Dienstag, 7 Dezember 2021 lag 14 Tage nach der Versammlung während 20 Tagen bei der Gemeindeverwaltung Heimberg öffentlich auf.

Innerhalb der Auflagefrist gingen keine Einsprachen ein.

Der Gemeinderat genehmigte an seiner Sitzung vom 24. Januar 2022 das Protokoll gestützt auf Art. 20 Wahl- und Abstimmungsreglement.

Heimberg, 25. Januar 2022

Gemeinderat Heimberg



Andrea Erni Hänni
Gemeindepräsidentin



Oliver Jaggi
Gemeindeschreiber